In der Parteigerichtssache

des Herrn R

g e g e n

-Antragsteller-

die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Landesverband H. e.V.,
vertreten durch den Vorstand

-Antragsgegner-

werden dem CDU-Landesverband H 2 Kopien des hier am 29.02.1972 eingegangenen Antrages von
Herrn R vom 27.02.1972 zwecks Kenntnisnahme übersandt.

Aufgrund von § 36 Abs. 2 Satz 1 PGO ergeht folgende Entscheidung:

Der Antrag vom 27.02.1972 auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung zur
Aussetzung der voraussichtlich am 07.03.1972 vorgesehenen Neuwahlen
zum Vorstand des CDU-Landesverbandes H wird zurückgewiesen.

Gründe

Der Antrag ist unzulässig.

Nach § 36 Absatz 1 PGO ist für den Erlaß Einstweiliger Anordnungen das Parteigericht der Hauptsache zuständig. Dies ist das Gericht des 1. Rechtszuges und, wenn die Hauptsache im Beschwerdeverfahren anhängig ist, das Beschwerdegericht. Beim Bundesparteigericht ist jedoch bisher die Beschwerde von Herrn R gegen die Entscheidung des Landesparteigerichts der CDU H auf die mündliche Verhandlung vom 16.02.1972 noch nicht eingegangen, so daß die Hauptsache noch nicht beim Bundesparteigericht anhängig ist.

Im übrigen sind die von Herrn R in seinem Schriftsatz vom 27.02.1972 geltend gemachten Gründe (nicht ordnungsgemäße Besetzung des Landesparteigerichts, unechte Sachentscheidung) so strittig, daß darüber in einem eilbedürftigen Verfahren, wie es der Erlaß einer Einstweiligen Anordnung ist, nicht entschieden werden kann. Wie sich nämlich aus dem zur Information übersandten Wortlaut der Entscheidung des Landesparteigerichts der CDU H ergibt, haben am 16.02.1972 in H die Verfahrensparteien erklärt, daß sie keine Bedenken gegen die Zuständigkeit und die Zusammensetzung des Parteischiedsgerichts erheben. Ferner ergibt diese Entscheidung, daß zur Beurteilung der Erfolgsaussichten der strittigen Wahlanfechtung die sorgfältige Prüfung zahlreicher tatsächlicher Umstände nötig ist, wozu im Eilverfahren keinerlei Möglichkeit besteht.

Rechtsmittelbelehrung:

In dringenden Fällen kann der Vorsitzende allein entscheiden. Gegen seine Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Einstweiligen Anordnung an die Beteiligten das Parteigericht von ihnen angerufen werden. Im übrigen gelten für den Erlaß Einstweiliger Anordnungen die Vorschriften der §§ 920 bis 936 ZPO entsprechend, soweit dem nicht die besondere Eigenart des parteigerichtlichen Verfahrens entgegensteht, (§ 36 Abs. 2 u. 3 PGO).